Ausscheidung von Zonen nach Artikel 16a Absatz 3 RPG in Verbindung mit Artikel 38 RPV

Leitgerüst Interessenabwägung

An der Erarbeitung dieser Vollzugshilfe haben mitgewirkt:

Peter Maerki, Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten (VSGP)

Regula Marbach, Fachverband Schweizer Raumplanerinnen und Raumplaner (FUS)

Willi Meyer, Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft

Willi Metzler, Amt für Raumplanung des Kantons Thurgau

Ruedi Muggli, Vereinigung für Landesplanung (VLP)

Hermann Niederer, Amt für Raumplanung des Kantons Basel-Landschaft

Raimund Rodewald, Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL)

Ulrich Ryser, Schweizerischer Bauernverband

Adrian Schmitter, Schweizerischer Schweinezucht- und Schweineproduzentenverband (Suisseporcs)

Friedrich Weber, Bundesamt für Raumentwicklung

Bernard Woeffray, Service de l'aménagement du territoire du canton de Neuchâtel

Grundsätze für die Ausscheidung von «Intensivlandwirtschaftszonen» als Teile der Landwirtschaftszonen

Bedarf nach «Intensivlandwirtschaftszonen»

Bauten und Anlagen, die über die innere Aufstockung hinausgehen Die «Intensivlandwirtschaftszonen» zeichnen sich dadurch aus, dass darin – neben Bauten und Anlagen für jede andere Form der landwirtschaftlichen oder gartenbaulichen Bewirtschaftung – auch Bauten und Anlagen als zonenkonform bewilligt werden können, die über eine innere Aufstockung hinausgehen, in denen mithin auch überwiegend oder ausschliesslich bodenunabhängig produziert werden kann.

Anmeldung des Bedarfs

Die Ausscheidung von «Intensivlandwirtschaftszonen» kann durch ein einzelnes Gesuch, das sowohl von einem Landwirt als auch von einem im Bereich des produzierenden Gartenbaus tätigen Unternehmer stammen kann, oder aber durch die öffentliche Hand – beispielsweise im Rahmen der Überprüfung der Bau- und Zonenordnung – ausgelöst werden. Dabei sind auch jene Bedürfnisse zu berücksichtigen, die längerfristig zu erwarten sind. Ob und in welchem Umfang die Bedürfnisse befriedigt werden können, ist im Rahmen der Interessenabwägung zur nutzungsplanerischen Zonenfestlegung zu entscheiden.

Anforderungen an Gebietsfestlegungen

Festlegung des Planungsgebietes Das in Planungen einzubeziehende Gebiet sollte so gewählt werden, dass zumindest die kommunalen Bedürfnisse – einschliesslich eines allfälligen, im Zeitpunkt der Planung voraussehbaren Entwicklungsbedarfs – abgedeckt sind. Es wird in der Regel zweckmässig sein, die Gebiete Gemeindegrenzen überschreitend oder regional festzulegen.

Planungsgrundsätze zur Gebietsfestlegung

Die «Intensivlandwirtschaftszonen» sind so in die planerische Grundordnung zu integrieren, dass eine unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte optimale Abstimmung mit den unterschiedlichen räumlichen Ansprüchen gewährleistet werden kann. Ein Wildwuchs einzelner Bauten und Anlagen für die bodenunabhängige Produktion in zufälliger Verteilung über den gesamten Landschaftsraum ist zu verhindern. Anzustreben ist eine Zusammenfassung der Bedürfnisse (für die gartenbauliche Produktion) an einem Standort pro Planungsgebiet. Zudem ist Folgendes zu beachten: Auch wenn die «Intensivlandwirtschaftszonen» so festgelegt werden sollen, dass künftige Entwicklungen möglich bleiben, so ist doch darauf zu achten, dass sie nicht zu gross dimensioniert werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass «Intensivlandwirtschaftszonen» ausgeschieden werden, nach denen längerfristig betrachtet gar keine Nachfrage bestehen wird.

Beachtung der Verfügbarkeit Die im Rahmen der Planung ausgeschiedenen Flächen müssen den Interessenten für die vorgesehenen Nutzungen auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Dies erfordert allenfalls einen Landkauf, einen (freiwilligen) Landabausch unter Pächtern oder Eigentümern, die Einräumung von Baurechten unter den interessierten Landwirten und/oder den Abschluss eines längerfristigen Pachtvertrages gemäss den Bestimmungen über das bäuerliche Bodenrecht und der landwirtschaftlichen Pacht.

Planung und Beurteilung von «Intensivlandwirtschaftszonen»

Bei der Planung und Beurteilung von Standorten sollen die in der Tabelle «Leitgerüst Interessenabwägung» genannten Kriterien als Orientierungsrahmen dienen. Die Kriterienliste gibt – ohne dass Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird – häufig anzutreffende Problemsituationen wieder. Bei Bedarf kann sie selbstverständlich ergänzt werden.

Möglichkeiten der unterschiedlichen Planungsinstrumente

Regelungen nach kantonalem Recht

Die sich im Zusammenhang mit der Gebietsausscheidung stellenden massgeblichen Fragen können sowohl in den kantonalen Richtplänen als auch in den Nutzungsplänen beantwortet werden. Es ist Sache der Kantone, die für sie mit Blick auf ihre spezifischen Bedürfnisse massgeblichen Regelungen zu bestimmen.

Festlegung oder Ausschluss von Gebieten nach Artikel 16a Absatz 3 RPG Der kantonale Richtplan kann einerseits jene Gebiete bezeichnen, in denen die in Artikel 16a Absatz 3 RPG vorgesehenen Nutzungen nicht zulässig sein sollen (Ausschlussgebiete), andererseits können die hierfür möglichen und geeigneten Gebiete auch bereits auf Richtplanstufe grob lokalisiert werden (1. Stufe einer Positivplanung). Verschiedene Kantone verfügen bereits heute über Planungsgrundlagen – oder sind an deren Überarbeitung –, welche die Bezeichnung jener Gebiete zum Gegenstand haben, die für Nutzungen gemäss Artikel 16a Absatz 3 RPG nicht zur Verfügung stehen; dies gilt etwa mit Bezug auf den Kanton Thurgau. Die planungsrechtliche Verankerung dieser Gebiete wird mit der Nutzungsplanung grundeigentümerverbindlich.

Beschleunigung der Planungen und Erhöhung der Planungssicherheit Eine längerfristig wirksame und ausgewogene Abstimmung der verschiedenen Nutzungsinteressen auf kantonaler Ebene, eine Beschleunigung der Planungsprozesse und mehr Sicherheit für zukünftige Projektträger wird erreicht, wenn Ausschlussgebiete bereits auf Richtplanstufe räumlich konkretisiert und behördenverbindlich festgelegt werden. Auf diese Weise lassen sich die Anliegen der Landwirte frühzeitig mit den Interessen zur Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete abstimmen. Gestützt auf solche richtplanerischen Vorgaben lassen sich Nutzungsplanungen innert nützlicher Frist anpassen; der konkrete Standort für die Vorhaben und allfällige Auflagen können dann unter Berücksichtigung der noch entgegenstehenden Standortmerkmale rasch bestimmt werden.

Beispiel Richtplanung

Der beiliegende Richtplanausschnitt zeigt, wie die Ausschlussgebiete im Richtplan des Kantons Thurgau künftig ausgewiesen werden sollen. Diese Ausschlussgebiete sind in einem Landschaftsentwicklungskonzept festgelegt worden. An der Bestimmung der Schutzinteressen und an den Abgrenzungen der Schutzgebiete waren die Regionen und Gemeinden beteiligt.

Beispiele Nutzungsplanung Die beiliegenden Nutzungsplanbeispiele (Yverdon/VD, Stettfurt/TG) zeigen planerische Festlegungen im Sinne von Artikel 16a Absatz 3 RPG, denen nach altem Recht festgelegte Standorte bzw. Zonen zu Grunde liegen. Sie wurden als Anschauungsbeispiele im Sinne der Kriterien des neuen Artikels 16a Absatz 3 RPG in Zonen nach neuem Recht umgesetzt und mit möglichen Mustertexten versehen.

Einführung zur Tabelle «Leitgerüst Interessenabwägung»

Bezeichnung von Ausschlussgebieten (Ausschlusskriterien)

Hier geht es um die Ausscheidung jener Gebiete, die auf Grund bestehender Rechtsgrundlagen für Bauten und Anlagen im Sinne von Artikel 16a Absatz 3 RPG nicht in Frage kommen können. Es sind dies:

Schutzgebiete nach Bundesrecht Schutzgebiete nach Bundesrecht (z.B. Moorschutz- oder Auengebiete), in denen keine Bauten und Anlagen zugelassen sind, die den Schutzzielen widersprechen.

Schutzfestlegungen nach kantonalem Recht

Schutzfestlegungen nach kantonalem Recht, in denen nicht dem Schutzzweck dienende landwirtschaftliche Bauten (insbesondere Gewächshäuser und Masttierhallen) ausdrücklich ausgeschlossen sind. Zu erwähnen sind hier kantonale – bzw. auf kantonales Recht abgestützte und von der zuständigen kantonalen Behörde genehmigte – Erlasse und Planungen, z.B.

- kantonale Schutzzonen und -verfügungen,
- Schutz- und Inventargebiete des kantonalen Richtplans,
- regionale und kommunale Schutzverfügungen,
- Zonen im Sinne von Artikel 17 RPG.

Liegen solche Schutzfestlegungen vor, so gilt die Kriteriengruppe Naturschutz und Landschaftsschutz als «Ausschlusskriterium».

Schützenswerte Einheiten von Landschaft und Bauten Wo Landschaften und Bauten als Einheit schützenswert sind (vgl. Art. 39 Abs. 2 RPV), ist es unerlässlich, Erscheinung und Typologie von Landschaft und landschaftsprägenden Bauten integral zu erhalten. Hier ist eine Überlagerung mit «Intensivlandwirtschaftszonen» demzufolge ausgeschlossen.

Standortauswahl und Standortbeurteilung

Prüfung von Alternativstandorten Was für alle planerischen Festlegungen gilt, ist auch hier zu beachten: «Intensivlandwirtschaftszonen» sollen möglichst an den best geeigneten Standorten ausgeschieden werden. Eine zweckmässige Standortfestlegung setzt in der Regel die Prüfung verschiedener Standorte voraus. Je sorgfältiger der Standort evaluiert wurde, desto grösser sind die Chancen, dass dessen Festlegung keine Opposition erwachsen wird. Wenn der Projektträger für die Realisierung eines Vorhabens einen Standort vorschlägt, der gesamthaft als eher ungeeignet bezeichnet werden muss, ist die Prüfung von Alternativstandorten unumgänglich. Ein Standort darf in solchen Fällen mithin erst festgelegt werden, wenn die Ergebnisse der Standortevaluation vorliegen.

Standortfestlegung ohne Standortvergleich

Ein Standortvergleich – als vergleichende Untersuchung von mehreren Standorten verstanden – ist nicht immer erforderlich. Wenn einzelnen Standorten auf Grund einer konkreten Standortbeurteilung keine offensichtlichen Interessen entgegenstehen und sich auf Grund einschlägiger Ortskenntnisse keine anderen Standorte mit entscheidenden Eignungsvorteilen aufdrängen, kann auf eine vergleichende Standortevaluation verzichtet werden. Dies könnte z.B. der Fall sein, wenn die in Aussicht genommenen Gebiete an Industrie- und Gewerbezonen anschliessen oder gut in bestehende Gebäudegruppen integriert werden können.

Massgebliche Standorteigenschaften beachten

Beanspruchung hochwertiger Böden

Kontroverse Positionen können sich bei der Diskussion ergeben, ob «Intensivlandwirtschaftszonen» auch hochwertige, wenig belastete Böden erfassen sollen oder dürfen. Bei Gewächshäusern, in denen die Produktion auf dem gewachsenen Boden erfolgt, wird seitens der Landwirtschaft geltend gemacht, dass diesfalls hochwertige Böden unabdingbar seien. Andererseits ist unbestritten, dass für Vorhaben, die nicht ohne Bodenversiegelung auskommen, wenn möglich belastete, mithin weniger hochwertige Böden verwendet werden sollen. Bei der Beurteilung der massgeblichen Standorteigenschaften ist vorab den Fruchtfolgeflächen (FFF) besondere Bedeutung beizumessen. Kritisch wird die Inanspruchnahme von FFF insbesondere dann, wenn dadurch der kantonale Mindestumfang nicht mehr gehalten werden kann. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die FFF nur deshalb nicht als Ausschlusskriterium gelten, weil dies in gewissen Gegenden zur Konsequenz hätte, dass gar keine «Intensivlandwirtschaftszonen» mehr ausgeschieden werden könnten. Solche Zonen sollten aber trotzdem und wenn immer möglich nicht dort ausgeschieden werden, wo für ackerbauliche Nutzung bestgeeignetes Land beansprucht wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn bauliche Bodenversiegelungen vorgesehen sind.

Vorgehen bei fehlenden Schutzfestlegungen Liegen für den vorgesehenen Planungsraum noch keine (genügenden) Schutzfestlegungen im Sinne der Ausschlusskriterien vor, so kommt den Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes im Rahmen der Interessenabwägung erhöhte Bedeutung zu. Werden bedeutungsvolle Schutzobjekte betroffen, die z.B. Gegenstand von BLN-Gebieten oder von noch nicht verbindlich abgesicherten kantonalen Schutzinventaren sind, wird zu prüfen sein, ob solche Schutzgüter nicht auch als Ausschlusskriterium gelten sollen.

Gewährleistung der gestalterischen und funktionalen Einordnung Nebst der grundsätzlichen Freihaltung definierter Schutzgebiete (siehe Ausschlusskriterien) ist auch die gestalterische und funktionale Einordnung von «Intensivlandwirtschaftszonen» in den räumlichen Gesamtkontext der kommunalen Planung von Bedeutung. Standortfestlegungen dürfen nicht nur aus der Sicht der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer beurteilt und optimiert werden, sondern haben auch dem Gesamtinteresse Rechnung zu tragen. Dies gilt insbesondere auch für die Lokalisierung von «Intensivlandwirtschaftszonen». Planerisch zweckmässige Lösungen haben sich an den strukturellen und visuellen Gegebenheiten der bestehenden Raumnutzungen zu orientieren. So sind «Intensivlandwirtschaftszonen» nach Möglichkeit an bestehende Industriezonen oder an andere Baugruppen anzuschliessen.

Gefahren und Risiken

Die Kriterien zum Immissionsschutz sowie zu den Gefahren und Risiken können unter Umständen die Wirkung von Ausschlusskriterien entfalten.

Gesamthafte Interessenabwägung Kein Standort wird nur ideale Randbedingungen aufweisen. Die Kriterien zur Interessenabwägung sind daher in ihrer Gesamtheit zu würdigen. Aus dem Entscheid muss aber stets nachvollziehbar hervorgehen, welche Kriterien ihn massgeblich bestimmt haben und aus welchen Gründen ein Standort gesamthaft betrachtet als geeignet oder ungeeignet qualifiziert wurde.

Leitgerüst Interessenabwägung

Ausschlusskriterien: Raumtypen/-merkmale, die der Ausscheidung von Intensivlandwirtschaftszonen zwingend entgegen stehen

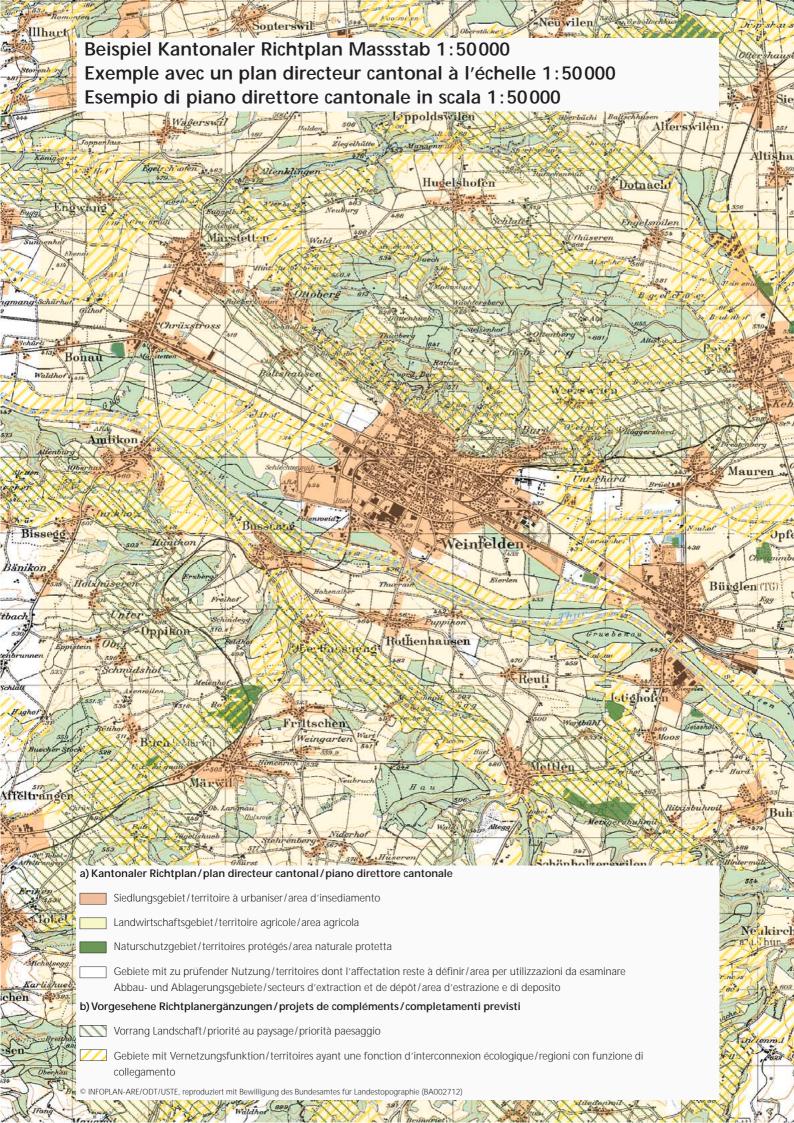
chigegen sterien		
Beurteilungsbereich	Ausschlusskriterien	
Natur- und Landschaftsschutz nach Bundesrecht	Planungsperimeter liegt in Auengebiet	
	Planungsperimeter liegt in Moorschutz- objekt oder Moorlandschaft	
	(in Vorbereitung: Wildtierpassagen von nat. Bedeut.)	
kantonalrechtliche Natur- und Land- schaftsschutzgebiete	Planungsperimeter liegt in kantonalem (kommunalem) Schutzgebiet, das nur Bauten für Pflegemassnahmen zulässt bzw. Gewächshäuser und Masthallen ausdrücklich ausschliesst	
	Planungsperimeter liegt in Gebiet, das im kantonalen Richtplan als Ausschluss- gebiet bezeichnet ist	
	Planungsperimeter liegt in einem Gebiet, das im Rahmen der Nutzungsplanung als Einheit von Landschaft und Bauten (Art. 39 Abs. 2 RPV) unter Schutz gestellt wurde	
Standortauswahl/-beurteilung: Verp	flichtung zur Überprüfung des vorgeseh	nenen Standortes
Beurteilungsbereich	Ergebnis der Standortevaluation	
Alternativstandorte Ergebnis der Standortevaluation	es wäre ein gesamthaft besserer Standort möglich	
	keine Alternativstandorte geprüft (evtl. Erlass einer Planungszone im Sinne von Artikel 27 RPG und Prüfung von Alter- nativstandorten)	
Standorteigenschaften/Plan- und Pro	ojektmerkmale, welche die Standorteig	nung massgeblich prägen
Beurteilungsbereich	ungünstige Standort- oder Projekt- eigenschaftten	günstige Standort- oder Projekteiger schaften
Fruchtfolgeflächen	Planungsperimeter betrifft Kontingents- fläche (Mindestmass nicht mehr ge- währleistet)	
Naturschutz	naturnahe See- und Flussufer, Trocken-	
Schutz ursprünglicher Landschaftsele- mente	wiesen, Amphibienstandorte sowie Standorte Rote Listen-Arten	
Erhaltung besonderer Lebensräume (Fauna, Flora) ausserhalb bestehender Schutzgebiete	Standorte mit geologischen, pedologischen und pflanzensoziologischen Werte	n
	spezielle Lebensräume (Fauna)	
	Wildtierpassagen oder Hecken	

Beurteilungsbereich	ungünstige Standort- oder Projek- teigenschaftten	günstige Standort- oder Projekteigen schaften
Besonders schützenswerte Land- schaften	visuell unberührte oder einzigartige Gebiete	
Bedeutungsvolle Freihaltebereiche und Umgebungsschutz Erholungsgebiete ausserhalb bestehen- der Schutzgebiete	charakteristische Kulturlandschaften/ wertvolle kulturelle Elemente (z.B. Hochäcker), archäologisch bedeutsame Objekte und Flächen	
	Siedlungsfreihalteräume wie Siedlungstrenngürtel, Objekt-/Ortsbildperimeter, Waldrandabstandsgebiete, Uferbereiche	
Einordnung von Bauten und Anlagen	Planungsperimeter liegt abseits bestehender oder geplanter baulicher Nut-	Planungsperimeter schliesst an Indu- strie- und Gewerbezonen an
	zungen Mehrere bestehende Gewächshäuser/ Masthallen resp. entsprechende Plan- vorhaben sind in der betroffenen Land- schaftskammer frei «gestreut» (Mis- sachtung des Konzentrationsprinzips)	Planungsperimeter fasst mehrere Ge- wächshausvorhaben/Masthallen zu ei- nem Ensemble zusammen gefasst
		Planungsperimeter liegt in Räumen, die starke visuelle Vorbelastungen aufweisen (z.B. Erschliessungsanlagen etc.)
	Planungsperimeter liegt an einem expo- nierten Standort ohne Cachierungs- möglichkeiten, es können Spiegelungs- effekte auftreten	Standort des Planungsperimeters weist geringe Einsehbarkeit auf, Vorhaben kann mit gestalterischen Massnahmen gut cachiert werden
	Baute oder Anlage wirkt als aufdringli- cher Fremdkörper und nimmt auf Um- gebung nicht Rücksicht: Gebäudevolu- men, Gebäudetypologie	Baute oder Anlage ist sorgfältig in Gelände/Topologie eingefügt (Gebäu- devolumen, Gebäudetypologie)
Immissionsschutz (empfindliche nach- barschaftliche Nutzungen)	Baute oder Anlage löst starke Lärmbela- stung aus	
Gefahren und Risiken	Baute oder Anlage löst starke Geruchsbelastung aus	
	Planungsperimeter liegt in Grundwasserschutzzonen und -arealen	
	Planungsperimeter liegt in Gebiet, das von Naturgefahren und Risiken bedroht ist	
	Baute oder Anlage belastet/«versiegelt» hochwertige Böden	
Nutzung bestehender Infrastrukturen zweckmässige Infrastrukturanschlüsse möglich	Strassenanschluss des Planungsperimeters ist ungenügend	Baute oder Anlage nutzt standortge- bundene Alternativenergien/anderwei- tig nicht nutzbare Energiequellen
	Wasser- und Abwasseranschlüsse des Planungsperimeters genügen nicht	
	Abfallentsorgung im Planungsperimeter ist nicht gesichert	

Beilagen:

Ausschnitt aus dem Richtplan Thurgau (vorgesehene Ergänzung Landschaft) Nutzungsplanbeispiele Yverdon/VD und Stettfurt/TG

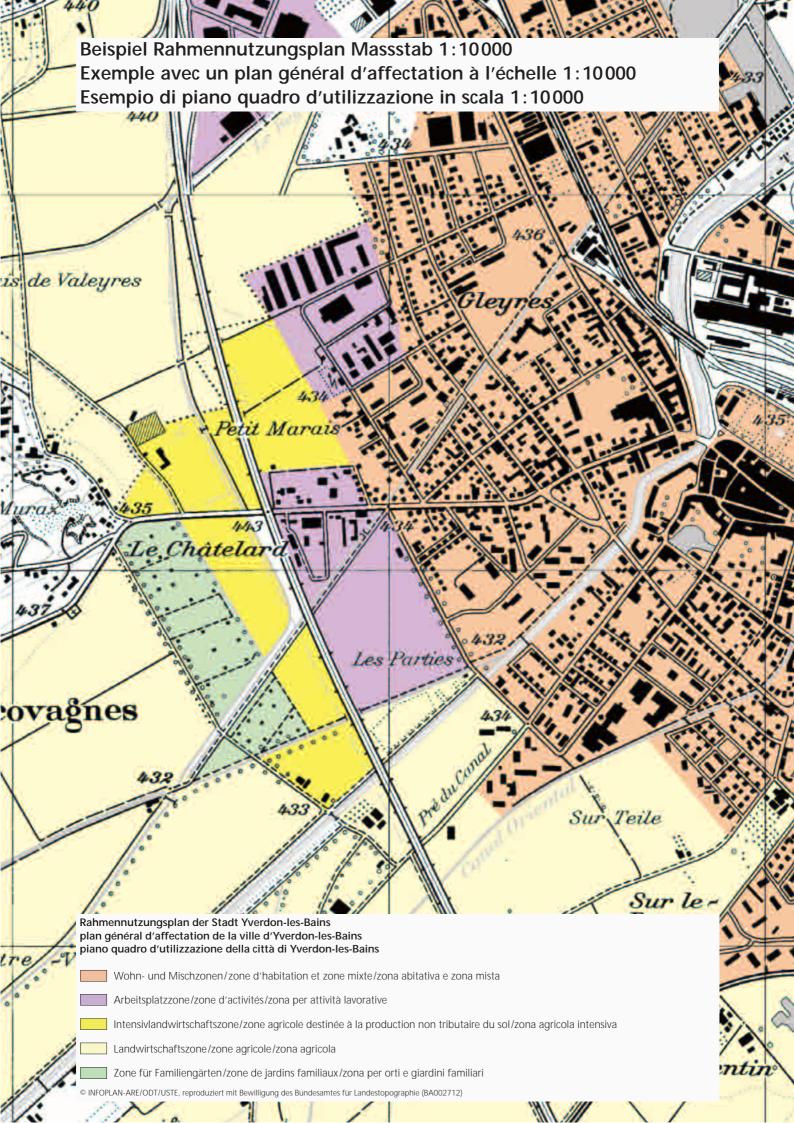
Intensivlandwirtschaftszonen



Beispiel Kantonaler Richtplan Massstab 1:50000

Vorlage: Richtplankarte des Kantons Thurgau (Massstab 1:50000) mit vorgesehenen Richtplanergänzungen zur Landschaftsentwicklung

- a) Auszug aus dem kantonalen Richtplan, Januar 1996 (Ausweisen der für Gebietsausscheidungen im Sinne von Art. 16a Abs. 3 RPG massgeblichen Grundnutzungen)
- b) Vorgesehene Richtplanergänzungen (Vorschläge auf Grund des im Entwurf vorliegenden Landschaftsentwicklungskonzeptes). In den entsprechenden Gebieten dürfen (wie in den bereits festgelegten Naturschutzgebieten) keine Nutzungen im Sinne von Art. 16a Abs. 3 RPG vorgesehen werden.



Beispiel Rahmennutzungsplan Massstab 1:10000

Vorlage: Rahmennutzungsplan der Stadt Yverdon-les-Bains/VD (Plan général d'affectation de la ville d'Yverdon-les-Bains); fiktiv angepasst auf die Bedürfnisse gemäss Art. 16a Abs. 3 RPG

Mögliche Vorschriften für «Intensivlandwirtschaftszonen»

Bestimmung über zulässige Nutzungen

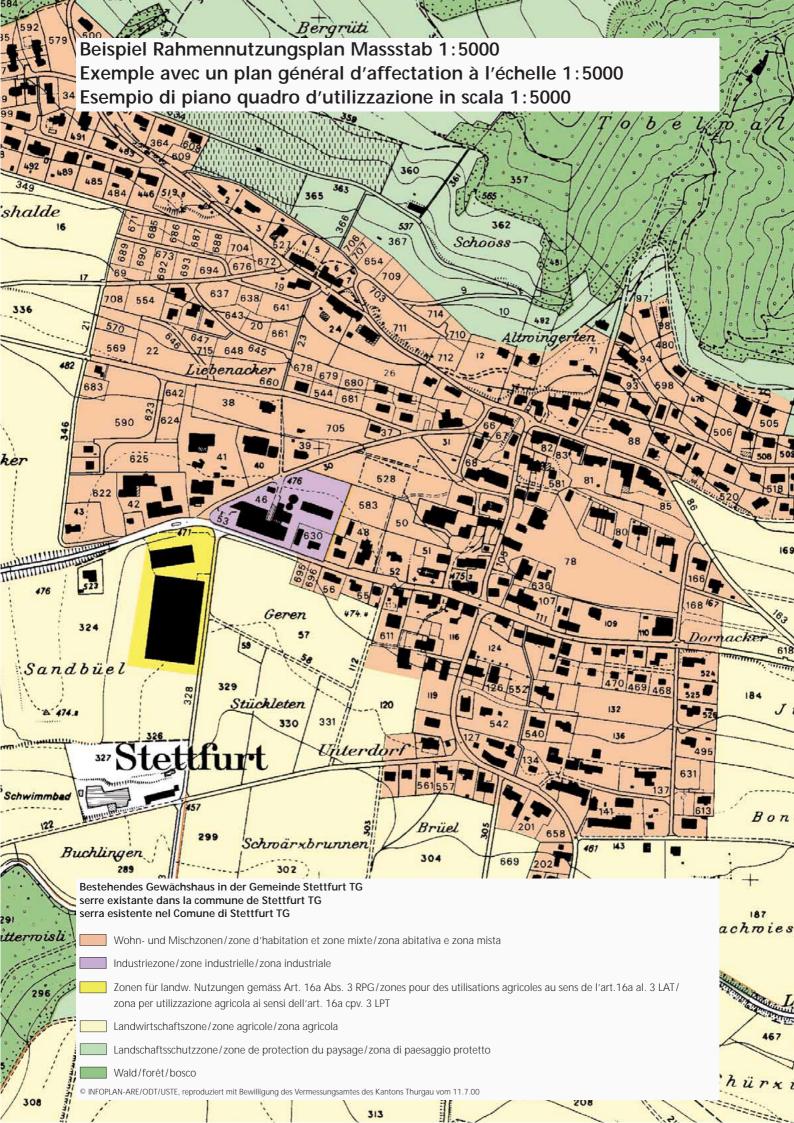
In der «Intensivlandwirtschaftszone» ist eine überwiegend oder ausschliesslich bodenunabhängige landwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung zulässig.

Bestimmung über zulässige Bauten und Anlagen

In der «Intensivlandwirtschaftszone» ist die Erstellung von Bauten und Anlagen gestattet, soweit sie für die zonenkonforme Bewirtschaftung benötigt werden.

Hinweise zu weiteren möglichen Zonenbestimmungen (evtl. Festlegungen in Sondernutzungsplänen)

- Regelung zulässiger Grenzabstände sowie maximal zulässiger Gebäudeabmessungen (Länge, Breite, Höhe)
- Regelungen zur Einordnung (Materialgebung, Farbwahl, cachierende Baum- und Buschpflanzungen etc.)
- Definieren der Erschliessungsanforderungen, insbesondere:
 - Strassenanschluss
 - Abwasserentsorgung
 - Nutzung und Ableitung des Meteorwassers (GEP)
 - Nutzung standortgebundener oder anderweitig nicht nutzbarer Energiequellen
 - Rekultivierungsgrundsätze (nach allfälligem «Abschluss» der landwirtschaftlichen Intensivnutzung)



Beispiel Rahmennutzungsplan Massstab. 1:5000

Ausgangslage: bestehendes Gewächshaus in der Gemeinde Stettfurt TG; fiktive Ergänzung des Rahmennutzungsplanes mit einer Zone für landwirtschaftliche Nutzungen gemäss Art. 16a Abs. 3 RPG

Mögliche Vorschriften für «Zonen für landwirtschaftliche Nutzungen gemäss Art. 16a Abs. 3 RPG» (Zonen für landwirtschaftliche Intensivnutzungen)

Bestimmung über zulässige Nutzungen

In den «Zonen für landwirtschaftliche Intensivnutzungen» ist eine überwiegend oder ausschliesslich bodenunabhängige landwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung zulässig.

Bestimmung über zulässige Bauten und Anlagen

In den «Zonen für landwirtschaftliche Intensivnutzungen» ist die Erstellung von Bauten und Anlagen gestattet, soweit sie für die zonenkonforme Bewirtschaftung benötigt werden.

Hinweise zu weiteren möglichen Zonenbestimmungen (evtl. Festlegungen in Sondernutzungsplänen)

- Regelung zulässiger Grenzabstände sowie maximal zulässiger Gebäudeabmessungen (Länge, Breite, Höhe)
- Regelungen zur Einordnung (Materialgebung, Farbwahl, cachierende Baum- und Buschpflanzungen etc.)
- Definieren der Erschliessungsanforderungen, insbesondere:
 - Strassenanschluss
 - Abwasserentsorgung
 - Nutzung und Ableitung des Meteorwassers (GEP)
 - Nutzung standortgebundener oder anderweitig nicht nutzbarer Energieguellen
 - Rekultivierungsgrundsätze (nach allfälligem «Abschluss» der landwirtschaftlichen Intensivnutzung)